

15. AUG 1960



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Z/XV/184 - 15. August 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>"Gewalt - und Unterwerfungsverhältnisse"</u> Darf ein Beamter seine Behörde öffentlich kritisieren?	50
2 - 3	<u>Exiti - die "vergessene" Diktatur</u> Terror gegen Demokraten und Gewerkschaftler	50
3	<u>Die Glossen:</u> <u>Mode, Politik und Militärdienst</u> "Genz Paris träumt"... von Monsieur Laurent	22
4	<u>Kaiser Wilhelm und Rudolf Breitscheid</u> Neuer Streit um die "Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche" auf dem Rudolf Breitscheid-Platz in Berlin	36
5 - 6	<u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u> Aufbauleistungen in deutschen Städten <u>Zielstrebiges Offenbauen</u> Von Oberbürgermeister Georg Dietrich	73

* * * *

15. August 1960

"Gewalt- und Unterwerfungsverhältnis"

Darf ein Beamter seine Behörde öffentlich kritisieren?

sp - Aus Bayern kommt die Kunde: Ein Oberförster im Ruhestand, Gründer des Bayerischen Förstervereins, hat sich erlaubt, die staatliche Organisation der Forstbetreuung scharf zu kritisieren. Dazu stellt die Dienststrafkammer am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München fest, ein Beamter dürfe

"auf Grund des besonderen Gewalt- und Unterwerfungsverhältnisses von Staatsdienern seine Behörde nicht öffentlich kritisieren."

Die Kammer bestätigte damit ein bereits früher ergangenes Urteil der Augsburgener Dienststrafkammer, die zwar ein Verfahren gegen den Oberförster eingestellt, ihn jedoch mit einem Drittel der Verfahrenskosten belastet hatte.

Was wirft man dem Oberförster vor? Der Mann, dem seine frühere vorgesetzte Beförderung "hervorragende Qualifikationen" bescheinigt, hatte sich gegen ein Gesetz gewehrt, daß Förstern ohne akademische Ausbildung die höhere Laufbahn verweigert wird und außerdem gefordert, man sollte "die seit Jahrzehnten in Bayern tobenden Standaakläufe beseitigen".

Man geht aus der Kammerentscheidung leider nicht hervor, in welcher Form der Oberförster in Ruhestand an seiner früheren Behörde Kritik geübt hat. Deswegen wollen wir auch im Augenblick das Urteil selbst nicht "schelten". Aber es ist doch beachtend, dass sich bis jetzt in den deutschen Ländern unseres Wissens noch niemand mit dem Vorgang öffentlich beschäftigt hat. Hier geht es unseres Erachtens nicht nur um den bayerischen Oberförster im Ruhestand, sondern um die grundsätzliche Frage, ob ein Beamter berechtigt ist - ebenso wie jeder andere Staatsbürger - öffentliche Kritik an einer Behörde zu üben. Wir glauben, dass jeder Beamte dieses Recht hat, wissen aber aus Erfahrung, daß die Grenzen der Form, in denen die Kritik erfolgen darf, sehr unterschiedlich abgesteckt werden. Werden die Grenzen zu eng gehalten, und kann nicht erreicht werden, daß in der Beamtenschaft völlige Klarheit über ein mögliches Maß von Kritik erreicht wird, dann bleibt die Gefahr der Entwicklung zum Obrigkeitsstaat latent. Häufig sagt man den Beamten, sie könnten oder sollten - falls sie an irgendeiner behördlichen Maßnahme Kritik üben wollten - "den Dienstweg beschreiten", und nicht mit ihrer Kritik in die Öffentlichkeit gehen. Aber solange es Beamten und eine Beamtenhierarchie gibt, ebenso lange wird der verdächtige Hinweis auf den "Dienstweg" ein starkes Hemmnis für die Entwicklung einer gesunden Kritik bleiben. Wenn man nun noch dazu hört, dass sogar ein Beamter im Ruhestand eingeengt wird, dann wird die ganze Sache doch sehr problematisch.

Aber noch etwas anderes scheint uns in diesem Zusammenhang erwähnenswert zu sein. Was meint das eigentlich - "auf Grund des besonderen Gewalt- und Unterwerfungsverhältnisses von Staatsdienern"? Dieser Ausdruck für die Standaortbestimmung eines Beamten stammt aus der Zeit vor der Französischen Revolution. Damals war der Staatsdiener ein dem Feudalherrn "Unterwerfener". Der Staatsdiener im demokratischen Staat soll unseres Erachtens ein gleichberechtigter Mitarbeiter, ein Staatsbürger im wahrensten Sinne der Bedeutung des Grundgesetzes sein, keinesfalls aber ein "Unterwerfener". Wenn man bei der Dienststrafkammer am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof das noch nicht zur Kenntnis genommen hat, sollte man es schleunigst tun. - Wir möchten wünschen und hoffen, dass sich besonders die Beamtenorganisationen das interessieren. Falls in Bayern kommen.

Haiti - die "versteckte" Diktatur

B.D. Spricht man heute von Konflikten und Problemen in Mittelamerika und im Karibischen Meer, so denkt ein jeder sofort an Kuba oder die Dominikanische Republik, das eine ein revolutionäres Regime mit teilweise kommunistischen Tendenzen, das andere eine Diktatur, in der ein nahezu unverhüllter Faschismus seine Herrschaft errichtet hat. Die wenigsten jedoch haben eine Vorstellung davon, was sich im Nachbarstaat der Dominikanischen Republik, in Haiti, seit Jahren abspielt. Der blutige Terror des dortigen "starken Mannes", François Duvalier, ist in Vergessenheit geraten, obwohl die Bedrohung der westlichen Welt hier nicht minder vorhanden ist als in anderen Teilen der westlichen Hemisphäre.

Washington hat sich damit beruhigt, dass Haiti amerikanische Wirtschafts- und Militärhilfe bezieht und bei jeder sich bietenden Gelegenheit den Vertretern der USA versichert, man sei dabei, die "inneren Verhältnisse der Insel zu demokratisieren". Wie sehr aber die Vereinigten Staaten hinters Licht geführt werden, wird offensichtlich, wenn man etwas eingehender das Regime Duvaliers studiert.

Weit davon entfernt, ein "sicheres Bollwerk gegen den Kommunismus" zu sein, ist die Herrschaft des Diktators auf Haiti im Gegenteil eine Art Sprungrett für die Ambitionen des Kommunismus im Karibischen Meer. Man kann in den Dokumenten eines kommunistischen Kongresses in Mexiko nachlesen, welche begeisterten Worte Duvalier für Moskau gefunden hat. Während des zweiten Weltkrieges kollaborierte er offen mit den Vertretern des Kommunismus. Sein derzeitiger Privatsekretär und zugleich sein Schwager ist Lucien Daumea, der in der KP Haitis eine führende Stellung bekleidet. Engster Berater Duvaliers ist Félix Dorléane Guste, der Gründer der Kommunistischen Partei auf Haiti. Eine Reihe seiner Minister waren oder sind prominente Mitglieder der Französischen KP.

Es ist interessant zu wissen, dass der haitische Diktator alle kommunistischen Landsleute, die entweder in Frankreich oder in den Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs lebten, zurückgerufen hat. Eine Anzahl in der Sowjetunion geschulter haitischer Instrukteure sind

aufgrund persönlicher Einladungen auf die Insel zurückgekehrt und befinden sich zur Zeit in leitenden Stellungen. Seit dem Jahre 1957, da Duvalier mit Hilfe gefälschter Wahlen an die Macht gelangte, wurden bekannte haitische Demokraten und Sozialisten ermordet, darunter die Brüder Juchelle, die zu den bekanntesten Verkämpfern für eine freiheitliche Gestaltung ihres Landes gehörten. Viele ehemalige Senatoren wurden verschleppt, und bis auf den heutigen Tag hat man nie mehr etwas von ihnen gehört. Die Vertreter der freien Gewerkschaften wurden von den Schergen Duvaliers zu Tode gehetzt, mussten fliehen oder verstecken sich in irgendwelchen abgelegenen Orten der Insel.

Eine von der amerikanischen Regionalorganisation des Bundes Freier Gewerkschaften durchgeführte Untersuchung förderte furchtbare Dinge zutage. Duvalier und seine Berater haben jede auch nur leiseste Regung freiheitlichen Lebens unterdrückt. Zu beklagen ist nur, daß die USA den tyrannischen und kommunistischen Charakter des Regimes Duvalier bis jetzt nicht "erkennt" haben, und im Gegenteil dem Regime alle Unterstützung leihen. Bei Demonstrationen in Port-au-Prince, der Hauptstadt Haitis, unterstützten die US-Marinetruppen die Polizei Duvaliers. In der Tat eine verurteilte unerschändliche Kooperation. + + +

Mode, Politik und Militärdienst

ZW - Da kann der Herr de Gaulle mit dem Herrn Adenauer in Rambouillet zusammentreffen, da kann in Kongo alles draußer und drüber gehen, die Amerikaner können in der Atmosphäre herumschauen - Frankreich hat trotzdem andere Sorgen. Glückliches Frankreich! Jetzt wird in Paris ein heftiger Kampf um das "Problem" geführt, ob Frankreichs Modeschöpfer Hr. L. Yves-Mathieu Saint-Laurent aus dem Hause Dior, am 1. September Soldat werden muss oder nicht. Eigentlich hätte Monsieur Laurent schon im März 1957 in die Kaserne ziehen müssen. Jetzt aber stellt sich heraus, dass der damalige Armeenminister Guillaume unter der Hand Frankreichs König der Mode freigestellt hat. Ganz legal, versteht sich. Im Jahre 1928 wurde ein Gesetz erlassen, nach dem junge Leute, die in der Wirtschaft dringend gebraucht werden, zeitweise vom Militärdienst freigestellt werden können. Genau das trifft auf Monsieur Laurent zu. Die von ihm entworfenen Modelle machen 60 Prozent der gesamten französischen Ausfuhr auf dem Gebiet der Mode aus. Aber Monsieur Laurent hat viele Freunde. Sie bestürmen seit Wochen den Armeenminister und fordern, - in Namen des Vaterlandes, - dass dem berühmten Modeschöpfer weiterhin die Kaserne erspart bleibt. Entscheidender Grund: Die Herbstkollektion für 1961 ist noch nicht fertig. - Da soll mal etwas kommen und sagen, unsere Welt sei nur voller Seeratten. So lange sich "ganz Paris" für Monsieur Laurent und seine Modeschöpfungen interessiert, gibt es immer noch Hoffnung.

Kaiser Wilhelm und Rudolf Breitscheid

H.G.S. Seit Jahren bewegt die Ruine der "Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche" die Westberliner. Nach 1945 tat man eine revolutionäre Tat: man taufte den bekannten Platz, auf dem die Kirche stand, in Breitscheid-Platz um. Das geschah zu Ehren Dr. Rudolf Breitscheids, der von 1920 bis 1933 für die SPD Mitglied des Reichstags war und 1918/19 preussischer Innenminister. Breitscheid, ein glänzender Redner und Mann von umfassender Bildung mußte am 24. August 1944 als Häftling der SS in Buchenwald bei einem Luftangriff sein Leben lassen.

Seltsamerweise blieb aber die Erinnerung an Kaiser Wilhelm trotz des Breitscheid-Platzes ihrer Tradition treu. Die Parteigänger des Prinzen Louis Ferdinand von Preussen entfesselten vor einiger Zeit in Berlin eine beachtliche Tätigkeit mit der "Konservativen Gesellschaft" durch ein öffentliches Prinzenreffen in Berlin. Damit nicht genug, wurde beschlossen, die "Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche" auf dem Breitscheid-Platz, dem repräsentativsten Platze Westberlins an Ende des Kurfürstendamms durch Dr. P. Eiermann wieder aufbauen zu lassen. Konservativ-protestantisch kirchliche Kreise setzten sich dafür ein. Prof. Eiermann kam auf den unstrittigen Gedanken, den einzigen Ruinenturm der Kirche auszubessern, der noch erhalten war, dazu einen zweiten modernen Turm zu errichten, weiter eine Hallenkirche ohne Turm - dieser Turm steht frei - und ein weiteres Gebäude. Diese Ansammlung von "Kaiser-Wilhelm-Gebäuden" fand heftige Kritik der Berliner Öffentlichkeit. Als nur vor wenigen Tagen Prof. Eiermann beschloß, noch den Ruinenturm zu versetzen, wurde es Berlins Bausenator Schwedler (SPD) zuviel. Einer Tageszeitung erklärte Schwedler: "Es stimmt, dass ich über das Verhalten Professor Eiermanns ungehalten bin, denn das genehmigte Projekt ist das Ergebnis jahrelanger Diskussionen um das städtebauliche Bild des Breitscheid-Platzes". Herr Eiermann hat durch Änderung der künstlerischen Pläne ohne Benachrichtigung neue Bautatsachen in Berlin schaffen wollen.

Die Berliner sind noch erbotter als ihr Bausenator. Sie haben es vor Kurzem hinnehmen müssen, dass in den Ruinenturm ein preussisches Glockenspiel des Prinzen Louis Ferdinand von Preussen, des Kaisorenkels eingebaut wurde, das Berlin alle halben Stunden mit einer weckeren Preussenmelodie erfreut. Der Volkswind nennt sie die "Preussen-Louis-Glocke". Berlin fragt sich, welche Erinnerungen hier an einen Kaiser und ein Kaiserhaus gepflegt werden sollen.

Zielstrebiges Offenbach

Von Oberbürgermeister Georg Dietrich

Offenbach am Main liegt im Schnittpunkt alter Verkehrswege von Nord nach Süd und Ost nach West. Ein überaus günstiger Anschluss an die Autobahn, die Nähe des Rhein-Main-Flughafens, ein eigener Hafen, insbesondere ein Althafen, und ein ausgedehnter Nah- und Schnellverkehr auf Schiene und Strasse haben die Entwicklung der Stadt begünstigt. Dazu kommt die Aufgeschlossenheit der Bevölkerung und ihr Gewerbefleiß.

Der zweite Weltkrieg hatte die im Norden vom Main und im Westen von Frankfurt a.M. begrenzte Stadt, deren Entwicklung nur nach Süden und Osten möglich ist, schwer getroffen. 60 Prozent der öffentlichen Gebäude - darunter fast alle Schulen - waren zerstört oder schwer beschädigt und 36 Prozent der Wohnungen dem Brand- und Sprengbomben zum Opfer gefallen; die Wirtschaft lag an Boden und wertvolle Kulturgüter waren vernichtet.

In zielstrebigem Arbeit, bei der Stadtverordnetenversammlung, Magistrat und eine erfreuliche Privatinitiative gemeinsam Stein auf Steinfügten, wurde ein neues Offenbach geschaffen, das vornehmlich seit der Zeit der Währungsinstellung in einer stürmischen aufwärtsentwicklung sich befindet. Neue Wohnhäuser - Erhöhung von 1950 bis jetzt von 23 000 auf 36 000 Wohnungen -, Schulen - die Beseitigung der Kriegsschäden und der Neubau von Schulen haben seit der Währungsreform rd. 25 Millionen überfordert -, Kirchen, Geschäfte und Industriebauten, sowie die sich immer mehr abzeichnende Altstadtrenovierung mit einer modernen Durchbruchstrasse sind die äusseren Zeichen des pulsierenden Lebens in der von 1945 (66 000 Einwohner) bis jetzt auf über 115 000 Einwohner gewachsenen Stadt. Die steigenden Produktionszahlen bei einem beachtlichen Exportanteil der gesamten Wirtschaft legen ein bereites Zeugnis ab über die Leistungsfähigkeit der von der Stadt gepflegten örtlichen Industrie, davon ausstrahlend der Finanzkraft der Stadt und dem Wohlstand ihrer Bürger. Die vier Hauptindustrien: die Leder- und Lederwarenindustrie, die Offenbach in der ganzen Welt bekannt gemacht hat; die Maschinenbauindustrie und die chemische und elektrotechnische Industrie, haben jährlich neunstelligen Umsatzzahlen. Die von der Stadt in der Nachkriegszeit durchgeführte erfolgreiche Wirtschaftsförderung hat noch andere Industriebetriebe, vor allem aus dem graphischen Sektor, der Bekleidungs- und Getrürkeindustrie, nach Offenbach gezogen und die Umsätze wesentlich erhöhen helfen. So ist eine wirtschaftliche Struktur geschaffen worden, die weitgehend krisenfrei

ist. Die zweimal jährlich stattfindende Internationale Lederwarenmesse, die in Frühjahr 1959 auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken konnte, gibt der ortseigenen Leder- und Lederwarenindustrie kräftige Impulse, die sich in einer konstanten Beschäftigung auswirken.

Den Charakter einer Industriestadt hat Offenbach bei aller Großzügigkeit moderner Bauten - erwähnt seien das Hallenbad, die neuen Schulen und die Hochhäuser als städtebauliche Akzente - behalten. Einige Bundesbehörden, die Offenbach zu ihrem Sitz erwählt haben - gedacht sei an die Bundesmonopolverwaltung, das Zentralamt Deutscher Wetterdienst und die Beschaffungsstelle der Bundeszollverwaltung -, haben eine gewisse Umschichtung der Bevölkerung mit sich gebracht, ohne sie jedoch in ihrem Bestand wesentlich zu verändern.

Bei aller Geschäftigkeit und dem Fleiß seiner Einwohner kommt auch das kulturelle Leben nicht zu kurz. Die Nachbarschaft zu Frankfurt, Darmstadt und Wiesbaden mit ihren hervorragenden Bühnen verbietet ein Theater mit eigenem Ensemble. Dafür ist der Weg, Fremde Bühnen für Oper, Operette und Schauspiel zu verpflichten, Gastspiele mit prominenten Ensembles aufzuführen und in gleicher Weise das Konzertleben zu befruchten, mit Erfolg beschriftet worden. Das Deutsche Ledermuseum mit seinen Werkstücken aus aller Welt und das 1955 gegründete Klingspor-Museum, das die Werke guter Schriftkunst sammelt, sind international bekannt und anerkannt und die Ausstellungen, die in Offenbach stattfinden, ziehen viele interessierte Besucher an.

Offenbach wurde im 17. Jahrhundert der Zufluchtsort vieler Hugenotten. Nach 1845 waren es viele Tausende von Vertriebenen und Flüchtlingen, die gastfreundlich aufgenommen wurden. Zur Zeit gehört jeder fünfte Einwohner dem Kreis der Vertriebenen und Flüchtlingen an. Die aufgeschlossene Einstellung Offenbachs Flüchtlingen gegenüber zu allen Zeiten mag vielleicht auch der Grund dafür sein, daß Offenbach sich als eine der ersten Städte zur Idee der europäischen Integration bekannte und ihr schon früh durch Verschwiebung mit mehreren europäischen Städten Ausdruck verlieh. Der Europapreis 1956 war der Lohn für diese Bemühungen, die in einem vielfältigen, fruchtbringenden Austausch auch weiterhin fortgesetzt werden.

In Frieden weiter wachsen, den Wohlstand seiner Bürger mehr noch heifer, gute Freundschaft mit den Nachbarstädten und -kreisen halten und mitwirken an der Verwirklichung der Idee eines geeinten Europa, das sind die Hoffnungen und Wünsche aller, denen das Wohl Offenbachs an Herzen liegt.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel